

Linke wollen Werbung in der Stadt Bern verbieten

Die Alternative Linke will die Werbung aus der Stadt Bern verbannen – um den Konsum zu reduzieren und das Klima zu schützen. Die FDP hält davon wenig.

von
Lara Hofer



Wer zuhause keine Werbung sehen will, hat die Möglichkeit, einen Keine-Werbung-Sticker an den Briefkasten zu kleben. 20min/Michael Scherrer

Darum gehts

- Die Alternative Linke (AL) hat einen neuerlichen Anlauf für eine werbefreie Stadt Bern gestartet.
- «Werbung schafft künstliche Bedürfnisse und fördert so die Konsumgesellschaft. Das schadet auch der Umwelt», findet die AL.
- Im bürgerlichen Lager stösst die Motion auf heftigen Gegenwind, etwa von der FDP.
- Bereits im Jahr 2017 wollten linke Parteien ein Werbeverbot in der Stadt Bern einführen. Damals wurde der Vorstoss klar abgelehnt.

«Werbung regt Bedürfnisse an, von denen wir gar nicht wussten, dass wir sie haben», sagt Christa Ammann, Parteimitglied der Alternative Linke (AL) Bern. Und diese Bedürfnisse wollen dann gestillt werden: «Dadurch nehmen der Konsum und auch der Ressourcenverschleiss stark zu – was schlussendlich unserem Klima zu Lasten fällt», so Ammann. Um das zu verhindern, hat ihre Partei nun einen Vorstoss eingereicht: «Wir wollen, dass kommerzielle Werbung verboten wird.»

Politische und kulturelle Werbungen dürften nach wie vor publiziert werden; man wolle lediglich die konsumfördernde Werbung verbieten, betont die Grossrätin. Wahlkampfplakate und Veranstaltungsankündigungen wären also nach wie vor erlaubt. Für alle anderen Produkte, Dienstleistungen und Angebote dürfte nicht mehr geworben werden: «Das ist ein notwendiger Schritt gegen die Konsumgesellschaft und für unser Klima.»

FDP kontert

Bei der FDP Stadt Bern hält man nicht viel vom Werbeband. «Das Klimaargument dient lediglich als Vorwand – es geht bei diesem Vorstoss vielmehr um die Durchsetzung der eigenen Ideologie und die Überwindung des Kapitalismus», so Tom Berger, Co-Fraktionspräsident der FDP Stadt Bern. Er halte deshalb «gar nichts» von dieser Idee: «Der Klimawandel ist ein riesiges Problem, welches wir mit sinnvollen, zielorientierten Massnahmen angehen müssen – ohne dabei übers Ziel hinaus zu schiessen und ein zentrales Marketinginstrument derart einzuschränken.»

Hinzu komme, dass es bereits ein Reklamereglement gebe. «Darüber hinaus hat sich der Staat nicht einzumischen – jede Firma sollte selbst entscheiden können, wie und wo sie Werbung macht», sagt Berger. Er vertraue dabei auf den gesunden Menschenverstand: «Wir sind mündige Menschen und können schlussendlich selbst entscheiden, ob wir auf eine Werbung eingehen möchten oder nicht. Ein Werbeplakat manipuliert uns nicht.»

Was hältst du von der Idee einer werbefreien Stadt?

Ich finde die Idee super!	14%
Die Idee ist gut, die Umsetzung könnte jedoch besser sein...	3%
Ich halte nichts von dieser Idee.	81%
Ich weiss es nicht.	2%

3977 VOTES

Wo wird die Grenze gezogen?

Wie ein allfälliges Werbeverbot genau umgesetzt werden könnte, kann die Alternative Linke selbst noch nicht genau sagen: «Über die Grenzen müsste man noch im Detail debattieren und auch Ausnahmen könnten möglich sein», sagt Ammann. So könne sich die Partei beispielsweise vorstellen, Werbung in unmittelbarer Nähe eines Geschäftes zuzulassen.

Diese unklaren Grenzen sieht die FDP als Problem. «Laut dem Vorstoss dürfte auch für den wöchentlichen Berner Märit nicht mehr geworben werden, da er kommerziell ist», sagt Berger. Selbst für nachhaltige, klimafreundliche Produkte dürfe keine Werbung mehr gemacht werden. Das finde er kontraproduktiv: «Man kann schlicht nicht differenzieren, ob ein Billigflug um die halbe Welt oder ein anderes Produkt von einem kommerziellen Anbieter beworben wird.»

«Ich traue dieser Stadt alles zu»

Ob der Vorstoss angenommen wird oder nicht, wird nun das Berner Parlament diskutieren. Bei der AL zeigt man sich vorerst zurückhaltend – eine Mehrheit sei «nicht ausgeschlossen». Bei der FDP hingegen traue man der Stadt Bern alles zu. «Eine Annahme würde in das zunehmend wirtschaftsfeindliche Gesamtbild der Stadt passen», meint Berger. Mut mache ihm jedoch, dass der Vorschlag vor rund vier Jahren klar abgelehnt wurde. Bestehe auch heute noch ein «Restfunke Verständnis für das Gewerbe», werde es wieder so sein. Wie das das Berner Parlament sieht, wird sich bald zeigen.